



Für sechs Stunden pro Woche hat der Ort Radefeld bei Leipzig wieder ein Rathaus. Dann kommt Anja Stephan mit dem Bürgerkoffer. Darin enthalten: Drucker, Scanner und Kabel, ein Modem für die Datenleitung, ein Fingerabdruckscanner und ein Ausweis-Änderungsterminal.

Fotos: Sebastian Willnow

## Die Frau mit dem Amt im Koffer

Bürgerkoffer sollen das Ortsamt in aussterbende sächsische Dörfer bringen. Zu Besuch bei Menschen, die noch da sind.

VON SVEN HEITKAMP, LEIPZIG

Anja Stephan könnte sich gerade dreiteilen. Vor ihr eine Frau, die einen Reisepass beantragt, auf dem Flur der nächste wartende Bürger, ein Dritter fragt am Telefon nach seinem Personalausweis. Dienstag, kurz nach 10 Uhr in der Ortsteilverwaltung von Radefeld. Ein weißer schmuckloser Bau, der früher eine Schule für zehn Klassen war. Doch die Kinder sind weg und die kleine Gemeinde nördlich der A 14 bei Leipzig auch. Radefeld gehört heute zur „Großen Kreisstadt“ Schkeuditz, die Verwaltung ist dorthin fortgezogen, so wie auch die Einwohner weggingen. Das Dorf zählt noch 1129 Einwohner. Die Stadt Schkeuditz mit ihren heute neun Ortsteilen ganze 17 413.

Um in Sachsens aussterbenden Orten das Leben zu erleichtern, hat die Staatsregierung voriges Jahr den „Bürgerkoffer“ erfunden – ein Set von zwei jeweils 15 Kilo schweren Hartschalenkoffern, vollgestopft mit Technik: Laptop mit Behördenprogrammen, Drucker, Scanner, Modem für die Datenleitung, selbst ein Fingerabdruckscanner und ein Ausweis-Änderungsterminal sind dabei. „Wir können alles anbieten, was im Bürgerbüro in Schkeuditz auch geht“, sagt Anja Stephan. Der Freistaat Sachsen versucht so, mit modernen Mitteln dem Bevölkerungswandel zu trotzen.

Umringt von der mobilen Technik und begleitet von ihren zwei schwarzen Koffern sitzt Frau Stephan nun im ehemaligen

Schulsekretariat im ersten Stock des „Ortsteilzentrums“ in der Landesberger Straße und kümmert sich um die Anliegen der Einwohner, immer dienstags von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr.

Sechs Stunden die Woche hat Radefeld damit wieder ein Rathaus. Auf dem kleinen Tresen steht ein Kunstblumengesteck mit drei roten Plastikrosen und etwas Farn, daneben ein paar Broschüren zum neuen Personalausweis. Neben im Erdgeschoss ist der kleine Hort der AWO-Kita „Spatzentreff“ eingezogen.

Schon kurz vor 10 Uhr steht ein älterer Herr vor der Tür, er will den Schlüssel fürs „Bürgerhaus“ zurückbringen. Am Wochenende hatte er es für eine Familienfeier gemietet. Punkt 10 Uhr kommt eine Dame, um einen Reisepass zu beantragen, auch wenn sie keine Reise plant. Anja Stephan, 25, blau verzierte Fingernägel, tippt schnell auf dem Laptop, scannt einen Fingerabdruck, drückt ein Formular aus. Alles kein Problem. Die Leipzigerin ist freundlich und gelassen. Zur Palette ihrer Möglichkeiten gehören rund 30 verschiedene Anträge für Baumfällgenehmigungen und Schwerbehindertenausweise, Brauchtumsfeuer und Sondernutzungen, Pässe, Ausweise und Beglaubigungen. Rund zwei Dutzend Bürger kommen jedes Mal vorbei, wenn sie die reisende Mini-Amtsstube öffnet.

„Wir sind froh, dass das Angebot jetzt da ist“, sagt Christine Schröder. „Sonst hätten wir extra mit dem Auto oder dem Bus für 9 Euro nach Schkeuditz fahren müssen.



Wenn Anja Stephan dienstags am Abend Radefeld verlässt, nimmt sie das Ortsamt mit. Zurück bleibt: der Bürger.

Aber mein Mann ist schon über 80.“ Der Bürgerkoffer indes wird nur 100 Meter entfernt von ihrem Haus aufgeklappt. Bisher sei mit der Eingemeindung nur alles teurer geworden, klagt die 72-Jährige. „Auch mein Hund ist jetzt ein Stadthund. Er kostet das Doppelte an Steuern.“

Dagegen ist die Erfindung des Bürgerkoffers doch ein kleiner Lichtblick. Frau Schröder steckt noch eine Rolle gelber

Müllsäcke und ein neues offizielles Adressbuch für Schkeuditz ein, dann entschwindet sie wieder. Ihren Ausweis kann sie an derselben Stelle in zwei Wochen abholen.

In der Zwischenzeit wird der „Bürgerkoffer“ noch ein paar Mal in den Nachbarorten aufgeklappt werden, mittwochs in Dölzig, donnerstags in Glesien. Vier solcher mobilen Behördenterminals sind im Freistaat im Umlauf. Nach einer Probephase gab es Ende August die ersten Koffer in Schkeuditz, Limbach-Oberfrohna und Treuen sowie im Vogtlandkreis. Die zweite Pilotstaffel soll bald in den Kreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Leipzig sowie in Grimma, Meerane und Wiedemar eingesetzt werden, kündigt die Sprecherin des Justizministeriums, Birgit Eßer-Schneider, an. Jeder Bürgerkoffer kostet 7000 Euro, 80 Prozent davon trägt der Freistaat, 20 Prozent die Kommune. Weitere 6 500 Euro gibt das Land für jeweilige Konzeption, technische Einrichtung und Schulung der Mitarbeiter aus, finanziell allerdings unterstützt vom Bundesinnenminister.

Anja Stephan wird am Abend immer wieder abgeholt. Bis dahin geht es auch mal familiär zu in der mobilen Ortsteilverwaltung. Dorffeste werden vorbereitet, Fundsachen ausgegeben, das Bürgerhaus neu vermittelt. Nur einmal muss Anja Stephan passen. Ein Mann in Arbeitskluft will mal schnell die Nummer eines Grundstücks wissen, die auf seinem Plan fehlt. Ein klarer Fall fürs Katasteramt. Der Bürgerkoffer stößt an seine Grenzen.

## Rechte Propaganda in Schulen

Sachsens Justiz ermittelt wegen Hakenkreuz-Schmierereien und Hitler-Gruß. Unterdessen droht einem bekannten Leipziger Demokratieprojekt das Aus.

VON GUNNAR SAFT

An zahlreichen sächsischen Schulen ist es im vergangenen Jahr zu Vorfällen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund gekommen. Das geht aus den aktuellen Antworten von Innenminister Markus Ulbig (CDU) auf mehrere parlamentarische Anfragen der Landtagsabgeordneten der Linken, Kerstin Köditz, hervor.

Demnach meldeten die Schulleitungen insgesamt 84 besondere Vorkommnisse, die den Schul- und Dienstbetrieb in erheblichem Maß beeinträchtigt hatten. Meist handelte es sich um den Verdacht, dass Schüler mit Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen auftreten. In diesen Fällen wurden sofort Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ulbigs Angaben zufolge kam es in den Schulen aber auch zu antisemitischen Äußerungen, zu Schmierereien mit rechtsextremistischem Inhalt und zum Zeigen des Hitler-Grußes während des Unterrichts. In einem Fall wurde einem Schüler ein Hakenkreuz per Kugelschreiber auf den Hals gemalt. Betroffen von den Vorfällen war fast das gesamte Spektrum der sächsischen Schulstruktur – darunter Gymnasien in Dresden, Kamenz, Riesa und Heidenau, Mittelschulen in Königstein, Dohna und Pirna sowie Grundschulen, Förderschulen und Berufsschulzentren.

Im Gegensatz zu den Schulen kam es im Vorjahr an sächsischen Universitäten und Hochschulen kaum zu vergleichbaren Vorgängen. Lediglich die TU Chemnitz meldete einen Fall, bei dem verfassungswidrige Kennzeichen getragen worden sein sollen. Laut Innenminister Ulbig registrierte man 2012 auch keine Straftaten mit einem rechtsorientierten, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Hintergrund, die durch Bundeswehrangehörige verübt wurden. Darüber hinaus informierte er, dass der Verfassungsschutz Informationen zu 30 geplanten Konzerten mit rechtsextremen Bands gesammelt habe, von denen aber nur 26 Konzerte stattfanden.

Für Wirbel sorgten gestern in dem Zusammenhang Meldungen, wonach dem Leipziger Büro des Netzwerkes für Demokratie und Courage das Aus droht. Es könne nur noch bis Mai finanziert werden, teilte die Landesnetzstelle mit. Verantwortlich dafür sei die veränderte Vergabe von Mitteln aus dem Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ und die schon im Vorjahr eingestellte Unterstützung des Wirtschaftsministeriums für Projekte in Berufsschulen.